

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Ina Lenke, Sibylle Laurischk, Miriam Gruß, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 16/2250 –**

### **Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren 2006**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sowohl im Bereich der Bindungsforschung als auch im Bereich von Bildung, Betreuung und Erziehung bestehen in der Bundesrepublik Deutschland Erkenntnis- und Umsetzungsdefizite.

So attestiert etwa der „Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Zwölfter Kinder- und Jugendbericht“ (Bundestagsdrucksache 15/6014) Deutschland einen „unübersehbaren Nachholbedarf“ im Hinblick auf das öffentliche Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot (vgl. zur unbefriedigenden Betreuungssituation für die unter Dreijährigen auch Bien/Rauschenbach/Riedel (Hrsg.), *Wer betreut Deutschlands Kinder?*, 2006, S. 41). Auch wenn – so der Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren 2006 – ein erheblicher Ausbau des Angebots während der letzten drei Jahre erreicht wurde (S. 4), lag für 2005 die Platz-Kind-Relation für Kinder unter drei Jahren bei 13,7 Prozent.

Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind weiterhin erheblich; so ist die Platz-Kind-Relation in Ostdeutschland vier Mal höher als in Westdeutschland (9,6 Prozent im Westen zu 39,8 im Osten, a. a. O.).

Dieser Missstand darf nicht länger hingenommen werden. Dazu müssen die veränderten Verhältnisse, unter denen Familien heute leben, erkannt werden. Denn Kinder und Jugendliche brauchen die Anerkennung und Förderung ihrer Fähigkeiten. Starke Kinder werden dann zu starken Schülern, wenn ihre Talente früh erkannt und gefördert werden und wenn es eine enge Zusammenarbeit mit der Grundschule gibt.

Das Anfang 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) zielt auf die zusätzliche Bereitstellung von rund 230 000 Plätzen für Kinder im Krippenalter bis 2010. Der bedarfsgerechte Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes soll durch die von der Bundesregierung erwarteten Ersparnisse in Höhe von 1,5 Mrd. Euro aus der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe vom Bund gegenfinanziert werden. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Regierungserklärung von November 2005 zugesagt, dass diese Mittel den Kommunen auch real zur Verfügung stehen müssen. Bislang, so die Äußerungen der Kommunen, sei aber kein Geld angekommen.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, setzt sich nun für einen massiven Ausbau der Krippenplätze ein. Im Jahr 2013 sollen in Deutschland etwa 35 Prozent der Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr professionell betreut werden (Süddeutsche Zeitung vom 9. Februar 2007, S. 1). Die geplante Betreuung von künftig 750 000 Kleinkindern in Kindertagesstätten und durch Tagesmütter würde jährlich rund 3 Mrd. Euro kosten. Diese sollten nach Auffassung der Bundesministerin Ursula von der Leyen im Rahmen eines „Pakts für Kinder“ (DER TAGESSPIEGEL, 10. Februar 2007, S. 1) durch Bund, Länder und Kommunen gemeinsam aufgebracht werden. Eine Änderung des Grundgesetzes schließt die Bundesministerin Ursula von der Leyen nicht aus. Darüber hinaus soll für alle Kinder ein Pflicht-Vorschuljahr eingeführt werden.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- einen Kinderbetreuungsgipfel einzuberufen, um in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein ganzheitliches und tragfähiges Konzept für den Ausbau der Kinderbetreuung und für flexible Modelle für die Familie und Kinderbetreuung zu erstellen und die zahlreichen finanziellen Leistungen der Familienförderung unter Einbeziehung der regionalen Unterschiede und der Flexibilisierung der Arbeitswelt auf ihre Effizienz und Wechselwirkung schnellstmöglich zu überprüfen und Vorschläge für eine transparente und zielgenaue Ausgestaltung vorzulegen;
- ein Finanzierungskonzept vorzulegen und dafür zu sorgen, dass dem Subsidiaritätsprinzip dadurch Rechnung getragen wird, dass mit Blick auf die regionalen Besonderheiten vor Ort ein Kinderbetreuungsangebot durch Tagesmütter, Kindertagesstätten, private oder betriebliche Initiativen gewährleistet ist, wobei zugleich Länder und Kommunen über eine angemessene Mittelausstattung verfügen müssen, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können;
- zu prüfen, welche familienpolitischen Leistungen noch oder zu wenig effektiv sind und wie diese zielgenau zu Gunsten von Familien mit Kindern ausgestaltet werden können;
- sich im Rahmen einer besseren und qualitativ hochwertigen Bildung für mehr Wettbewerb bei der Kinderbetreuung mit Trägervielfalt und den Abbau bürokratischer Hemmnisse einzusetzen;

- gemeinsam mit Ländern und Kommunen zu Gunsten von privat-gewerblichen, privaten Initiativen wie Elterngruppen oder -vereinen oder betriebsnahen bzw. betrieblichen Einrichtungen Wege zu finden, um diese Initiativen anzuregen und zu unterstützen und Best-Practice-Beispiele bekannt zu machen;
- anhand von Modellprojekten zusammen mit den Ländern, Gemeinden und den Betrieben Best-Practice-Beispiele für flexible Betreuungsangebote sowie den Aufbau eines kommunalen Netzwerkes für Bildung, Erziehung und Betreuung zu evaluieren und bekannt zu machen;
- sich gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür einzusetzen, dass privat-gewerbliche, betriebliche und Elterninitiativen gleichermaßen erfolgreich sein können, und diese durch steuerliche Anreize zu fördern und dafür zu sorgen, dass sie wie andere Unternehmen auch Existenzgründerdarlehen bekommen können und in die öffentlichen Förderprogramme für Neugründungen einbezogen werden – einschließlich der Gewährung von Investitionszulagen, Steuervergünstigungen und Personalkostenzuschüsse;
- den Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung, d. h. von einer Förderung der Einrichtung hin zur Förderung der Kinder bei gleichzeitiger Bereitstellung eines ausreichenden Angebots einzuleiten, um den Wettbewerb der Einrichtungen um eine wirklich gute Qualität ihrer Bildungs- und Betreuungsangebote in Gang zu setzen;
- sich bei den Bundesländern dafür einzusetzen, für alle Kinder einen flexiblen und auch frühen Besuch der Schule zu ermöglichen; dies kann durch Einführung einer verbindlichen „Startkasse“ oder durch eine frühere Einschulung bei entsprechender Reife geschehen, um mit spielerischen und zielorientierten, den Kindern angemessenen Methoden das Sprach- und Zahlenverständnis zu fördern und die soziale Kompetenz und Musikalität und Kreativität der Kinder zu entwickeln und auch Freude an Bewegung und sportlichem Spiel zu vermitteln.

Berlin, den 28. Februar 2007

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**

